

- 1. Diskriminierungsschutz Waren & Dienstleistungen: Sind Sie für oder gegen einen wirksamen Diskriminierungsschutz auf Grund der sexuellen Orientierung auch AUSSERHALB der Arbeitswelt, also beim Zugang zu Waren oder Dienstleistungen (z.B. Taxi, Bus, Bahn, Flugzeug, Restaurant, Hotel, Geschäften oder auch im Gesundheitsbereich oder beim Wohnraum), so wie dies für Diskriminierung auf Grund des Geschlechts, ethnischer Herkunft und Behinderung schon seit Jahren ununterbrochen gilt (III. Teil GIBG; BGStG)?**

Dafür!

Die SPÖ hat bereits 2022 ein umfassendes Gesetz dafür vorgelegt: Wir wollen die Kategorien sexuelle Orientierung sowie Geschlechtsidentität, Geschlechtsmerkmale und Geschlechtsausdruck neben der Arbeitswelt auch beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen inklusive Wohnraumes sowie in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung und Soziales schützen.

- 2. Diskriminierungsschutz sexuelle Orientierung in die Verfassung: Sind Sie für oder gegen die Aufnahme des Schutzgrundes „sexuelle Orientierung“ in den Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG)?**

Dafür!

Die SPÖ hat bereits einen Gesetzesantrag vorgelegt, der die Schutzgründe sexuelle Orientierung, sowie Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmale in Art. 7 Abs. 1 B-VG verankert und will diese Novelle schnellstmöglich umsetzen.

- 3. Diskriminierungsschutz Geschlechtsidentität & Intersexualität in der Verfassung: Sind Sie für oder gegen eine gesetzliche Klarstellung, dass der Schutzgrund „Geschlecht“ im Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG), im Tatbestand der Verhetzung (§ 283 Strafgesetzbuch) (und damit auch für „Hate-Crimes“ § 33 Z. 5 StGB) sowie im Bundesgleichbehandlungsgesetz und im III. Teil des Gleichbehandlungsgesetzes (GIBG) jedenfalls auch (a) Geschlechtsidentität, samt darauf bezogenen Verhaltensweisen (Gender Expression), sowie (b) Intersexualität umfasst?**

Dafür!

Die SPÖ hat in den vergangenen Jahren bereits in allen Gesetzesvorschlägen entsprechende Formulierungen zur Anwendung gebracht, die eine klare Absicherung der Schutzkategorien Geschlechtsidentität, Geschlechtsausdruck und Geschlechtsmerkmale (entsprechend der auf EU- und Europaratsebene gebräuchlichen Formulierung) zum Schutz von trans\*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen vorsieht.

- 4. Verbot von Konversionstherapien: Sind Sie für oder gegen ein GESETZLICHES Verbot von sogenannten Konversionstherapien („UmpolungsTherapien“ bzw. „reparative Therapien) zur Änderung der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität bei Minderjährigen und Erwachsenen wie es beispielsweise in Deutschland seit 2020 besteht? Vom Nationalrat am 2. Juli 2019 zumindest für Minderjährige und sexuelle Orientierung einstimmig gefordert (558/A(E) XXVI. GP).**

Dafür!

Seit der ersten Entschließung des Nationalrats auf SPÖ-Antrag im Juli 2019 setzen wir uns für ein wirksames Verbot aller Konversionstherapien durch gesetzliche Maßnahmen ein und haben dafür 2021 auch ein eigenes Gesetz vorgelegt. Für die SPÖ ist klar, dass nur ein umfassendes gesetzliches Verbot, das auch Konversionstherapien aufgrund der Geschlechtsidentität verbietet, eine missbrauchssichere Regelung darstellt. Daher setzen wir uns für ein Verbot dieser Praktiken sowohl aufgrund der sexuellen Orientierung als auch aufgrund der Geschlechtsidentität für Minderjährige und Erwachsene sowie für ein dahingehendes Werbeverbot ein.

- 5. IGM-Verbot bei Kindern: Sind Sie für oder gegen den Schutz intergeschlechtlicher Kinder, konkret durch ein ausdrückliches gesetzliches Verbot von geschlechtsfestlegenden Behandlungen (ohne Vorliegen einer medizinischen Indikation) bei intergeschlechtlichen Menschen vor Vollendung des 14. Lebensjahres (IGM: Inter Genital Mutilation)?**

Dafür!

Neben der dringend notwendigen gesetzlichen Regelung zum Schutz intergeschlechtlicher Kinder und Jugendlicher fordert die SPÖ auch umfassende Begleit- und Aufklärungsmaßnahmen, die eine wirksame Umsetzung des Gesetzes, notwendige Beratungsleistungen und die bestmögliche Unterstützung für Familien umfassen.

- 6. Bundesweite Antidiskriminierungsstelle: Sind Sie für oder gegen die Einrichtung einer bundesweiten LGBTIQ-Antidiskriminierungsstelle, angesiedelt im Rahmen der öffentlichen Verwaltung in einem zuständigen Bundesministerium nach dem Vorbild der Wiener Antidiskriminierungsstelle (Beratung, Schulungen, Förderungen usw.)?**

Dafür!

Die SPÖ setzt sich für eine klare Zuständigkeit für Diversität und LGBTIQ+ in der kommenden Bundesregierung und eine bundesweite Anlauf- und Servicestelle für LGBTIQ+ Politik ein. Diese Stelle muss gesetzlich verankert, weisungsfrei gestaltet und durch das Bundesbudget langfristig abgesichert sein. Darüber hinaus braucht es eine enge Verflechtung und Kooperationsmöglichkeiten mit der Zivilgesellschaft und schon bestehenden bundesweiten Einrichtungen wie der Gleichbehandlungs- oder der Volksanwaltschaft.

- 7. Kein Diagnose- und Gutachtenszwang für transidente Personen: Sind Sie für oder gegen eine gesetzliche Klarstellung, dass für die Anpassung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister an das gelebte Geschlecht (Identitätsgeschlecht) medizinische Diagnosen (wie bspw. Geschlechtsidentitätsstörung, Transsexualität, Geschlechtsdysphorie) und Gutachten nicht erforderlich sind (PStG)?**

Dafür!

Jeder Mensch muss in seiner gelebten Realität vom Staat anerkannt werden. Dafür braucht es auch den Abbau bürokratischer und finanzieller Hürden für trans\* und nicht-binäre Personen. Das deutsche Selbstbestimmungsgesetz ist für die SPÖ, trotz teilweiser Verbesserungsnotwendigkeiten, dahingehend ein wichtiges Vorbild.

- 8. Nicht-binäre Menschen: Sind Sie für oder gegen die Umsetzung des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofs vom 15.06.2018 (G77/2018) auch für nicht-binäre Menschen (Aufhebung des BMIErlasses, der die dritte Geschlechtsoption im Personenstandsregister nur für körperlich intergeschlechtliche Menschen zulässt)?**

Dafür!

Die SPÖ ist für den freien Zugang zu alternativen Geschlechtseinträgen auch für trans\* und nicht-binäre Personen, sowie für einen Abbau der bürokratischen Hürden für intergeschlechtliche Menschen im Sinne einer menschenrechtskonformen Regelung.

- 9. LGBTIQ-Kandidat:innen: Gibt es auf Ihren Wahllisten zur Nationalratswahl LGBTIQ-Kandidat:innen auf aussichtsreichen Plätzen, sodass die Interessen von LGBTIQPersonen auch von entsprechend offen lebenden Abgeordneten vertreten werden, die uns und unserer Community als starke Ansprechpartner:innen zur Verfügung stehen? Wer sind diese Personen konkret?**

Die SPÖ ist stolz darauf, mit einer vielfältigen Kandidat:innenliste anzutreten, die die ganze Vielfalt unserer Republik widerspiegelt. Auf der SPÖ Bundesliste finden sich rund zwei Dutzend LGBTIQ+ Aktivist:innen. Unser bisheriger Sprecher für Gleichbehandlung, Diversität und LGBTIQ+ Mario Lindner kandidiert auf Platz 11. Unser Ziel ist bei der Wahl als stärkste Kraft aus der Wahl zu gehen, so wird Mario Lindner auch in Zukunft für diese Themen im Parlament kämpfen.